A1 neue Satzung für den Kreisverband

Gremium: Vorstand KV Chemnitz

Beschlussdatum: 03.09.2019

Antragstext

SATZUNG

Präambel

- Der Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Teil der Bundespartei BÜNDNIS 90/DIE
- GRÜNEN. Er ist ein Zusammenschluss von Menschen, die auf der Basis eines
- gemeinsamen Grundkonsenses die solidarische Selbstorganisation der Gesellschaft
- in einer lebenswerten Umwelt anstreben. In diesem Sinne verstehen wir uns als
- Teil internationaler Bewegungen von Bürgerinitiativen, Verbänden und politischen
- Gruppen. Die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für Frieden,
- Gerechtigkeit und Bewahrung der Umwelt sowie für die Gleichstellung der Frau
- ein. Sie streben eine kinderfreundliche und inklusive Gesellschaft an. Sie
- fühlen sich der Idee der mündigen Bürger*in und der direkten Demokratie
- verpflichtet, sind ökologisch und solidarisch orientiert und gewaltfrei. Die
- Mitglieder treten gegen Gewalt, Militarismus, Totalitarismus,
- Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf. Der Kreisverband bemüht sich um eine
- Kultur, die die politischen Ziele auch innerhalb der Organisation widerspiegelt;
- die Fähigkeit zu Toleranz und Dialog sind uns wichtig. Die Suche nach Konsens
- hat Vorrang, Minderheitsmeinungen erfahren Akzeptanz. Um seine Ziele zu
- erreichen, sucht der Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach Wegen,
- außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit effizient zu verbinden. Dabei
- ist die parlamentarische Arbeit nur ein Mittel unter anderen zur Durchsetzung
- unserer Ziele.
- § 1 Name und Sitz
- (1) Der Kreisverband trägt den Namen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband
- Chemnitz. Die Kurzbezeichnung lautet GRÜNE.
- (2) Sitz der Geschäftsstelle ist Chemnitz.
- (3) Der Kreisverband ist Teil des Landesverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen.
- (4) Die Satzung des Landesverbandes Sachsen und des Bundesverbandes
- einschließlich Frauenstatut, Urabstimmungsordnung, Beitrags- und Kassenordnung
- sowie die Landesschiedsgerichtsordnung sind für den Kreisverband verbindlich und
- finden, soweit durch diese Satzung nicht zulässig anders geregelt, sinngemäß
- Anwendung.
 - § 2 Mitgliedschaft
- (1) Mitglied kann jede natürliche Person werden, welche Satzung und Grundkonsens
- des Bundesverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anerkennt, keiner anderen Partei
- angehört und einen textlichen Aufnahmeantrag einreicht.
- (2) Über die Aufnahme entscheidet der Kreisvorstand. Die Entscheidung soll
- innerhalb von 2 Monaten nach Zugang des Aufnahmeantrages erfolgen. Die
- Mitgliedschaft beginnt mit der Bestätigung der Aufnahme. Eine ablehnende

- Entscheidung hat textlich zu erfolgen und eine Begründung zu enthalten. Gegen
- 41 eine ablehnende Entscheidung des Vorstandes, kann die/der Antragstellende
- textlich innerhalb von 4 Wochen ab Zugang der Ablehnungsentscheidung Widerspruch
- einlegen. Der Widerspruch ist an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Chemnitz zu
- richten. Über den Widerspruch entscheidet die auf den Zugang des Widerspruchs
- 45 folgende Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.
- 46 (3) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.
- Ein Austritt ist textlich gegenüber dem Vorstand des Kreisverbandes zu erklären.
- Ein Ausschluss erfolgt durch Beschluss des Vorstandes bei Vorliegen eines
- 49 wichtigen Grundes mit absoluter Mehrheit und ist dem betreffenden Mitglied
- textlich bekanntzugeben. Das ausgeschlossene Mitglied kann innerhalb von 4
- 51 Wochen nach Bekanntgabe des Ausschlusses die Mitgliederversammlung von BÜNDNIS
- 52 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Chemnitz anrufen, welche auf ihrer nächsten
- 53 Versammlung mit einfacher Mehrheit entscheidet. Berufung gegen die Entscheidung
- ist bei dem zuständigen Berufungsorganen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einzureichen.
- (4) Die Mitgliedschaft endet, wenn über den Folgezeitraum von 6 Monaten
- unbegründet kein Beitrag bezahlt wurde, in Ausnahmefällen entscheidet der
- 57 Kreisvorstand.
- 58 (5) Es besteht die Möglichkeit einer Probemitgliedschaft. Sie ist beitragsfrei
 - auf bis zu 6 Monate befristet. Probemitglieder können an allen Delegierten- und
- 60 Mitgliederversammlungen der Partei teilnehmen. Probemitglieder sind nicht wahl-
- 41 und abstimmungsberechtigt.
- § 3 Freie Mitarbeit
- (1) Der Kreisverband unterstützt und ermöglicht die Beteiligung freier
- 64 Mitarbeiter*innen sowie freier Gruppen. Freie Mitarbeiter*in kann werden, wer
- den Grundkonsens des Bundesverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anerkennt. Freie
- 66 Mitarbeit steht jeder und jedem offen, auch Mitgliedern anderer Parteien. Freie
- 67 Gruppen können eingetragene Vereine und lose Zusammenschlüsse natürlicher
- 68 Personen sein.

87

- (2) Freie Mitarbeit beginnt bzw. endet mit der schriftlichen Erklärung gegenüber
 der jeweiligen Geschäftsstelle.
- (3) Freie Mitarbeiter*innen haben das Recht, sich an der politischen
 - Meinungsbildung innerhalb des Kreisverbandes zu beteiligen. Sie haben bei allen
 - politischen und projektbezogenen Themen Rede- und Antragsrecht.
 - (4) Freie Mitarbeit endet
 - durch textliche Erklärung gegenüber der jeweiligen Geschäftsstelle,
- durch Erlöschen bei fehlender Mitarbeit länger als 12 Monate,
- bei Verweigerung der Mitarbeit durch die zuständige Gliederung,
- bei Verstoß gegen die Prinzipien des Grundkonsenses und der Satzung durch
- Ausschluss entsprechend § 2 III der Satzung.
- (5) Freie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen können keine Parteifunktion ausüben, wohl aber Mandate auf Wahllisten übernehmen. Sie können nicht stimmberechtigt in die Entscheidungsgremien von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN delegiert werden.
 - § 4 Organisationsstruktur

- (1) Organe des Kreisverbandes sind Mitgliederversammlung, der Kreisvorstand und der Kreisausschuss.
- 89 (2) Die Bildung von regionalen und thematischen Arbeitsgruppen ist zu
- 90 unterstützen. Ihre Aufgabe ist es, zur innerparteilichen politischen
- 91 Willensbildung beizutragen und die politische Arbeit des Kreisverbandes zu
- unterstützen. Die Arbeitsgruppen sollen freie Mitarbeit im Sinne von § 3
- 93 ermöglichen.
- 94 (3) Über Anerkennung und Auflösung von Arbeitsgruppen entscheidet der Vorstand.
- 95 Voraussetzung für die Anerkennung einer Arbeitsgruppe ist ein textlicher Antrag
- an den Vorstand und die Benennung von zwei Koordinator*innen (Arbeitsgruppen-
- 97 Sprecher*in) durch die Arbeitsgruppe, welche Ansprechpartner*innen für den
- Vorstand sind. Gegen eine ablehnende Entscheidung des Vorstandes, welche
- 99 textlich gegenüber den Koordinator*innen zu erfolgen hat, kann die Arbeitsgruppe
- textlich innerhalb von 4 Wochen nach Zugang der Ablehnungsentscheidung
- 101 Widerspruch einlegen. Der Widerspruch ist an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband
- 102 Chemnitz zu richten. Über den Widerspruch entscheidet die auf den Zugang des
- 103 Widerspruchs folgende Mitgliederversammlung. Näheres regelt das Statut für
- 104 Arbeitsgruppen (AG-Statut).
- 105 (4) Die Mitgliederversammlung kann die Gründung einer projektbezogenen
- Arbeitsgruppe beschließen und in diese Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 107 Kreisverband Chemnitz wählen. In der ersten Sitzung einer projektbezogenen
- 108 Arbeitsgruppe sind zwei Koordinator*innen (Arbeitsgruppen-Sprecher*in) durch die
- Arbeitsgruppe zu wählen und dem Vorstand gegenüber textlich zu benennen. Mit
- Projektende löst sich die projektbezogene Arbeitsgruppe auf. Die Regelungen über
- 111 Arbeitsgruppen sind auf projektbezogene Arbeitsgruppen entsprechend anzuwenden.
- § 5 Mitgliederversammlung
- (1) Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Kreisverbandes.
- (2) Ordentliche Mitgliederversammlungen finden mindestens dreimal jährlich statt.
- (3) Die Einladung zur Mitgliederversammlung erfolgt unter Angabe der Tagesordnung textlich zwei Wochen vorher.
- 118 (4) Außerordentliche Mitgliederversammlungen können bei Bedarf auf Beschluss des
- 119 Kreisvorstandes, auf schriftlichen Antrag eines Zehntels der Mitglieder oder auf
- Beschluss der Mitgliederversammlung unter Angabe der Tagesordnungspunkte
- innerhalb einer Frist von einer Woche einberufen werden.
- (5) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig,
- wenn mindestens 5 Prozent der Mitglieder des Kreisverbandes anwesend sind.
- 124 Versammlungen zur Aufstellung von Bewerber*innen für staatliche Wahlen sind
- beschlussfähig, wenn 7,5 Prozent der im jeweiligen Wahlgebiet wahlberechtigten
- Mitglieder, jedoch mindestens drei Mitglieder, anwesend sind.
- (6) Beschlüsse werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst.
- (7) Die Mitgliederversammlung beschließt insbesondere über das
- 130 Kommunalwahlprogramm für Chemnitz, über die Wahl von Delegierten für die Landes-
- und Bundesebene und über die Kandidatenaufstellung für Kommunalwahlen. Sie wählt

- den Kreisvorstand, verabschiedet den Haushaltsplan, entlastet den Vorstand nach erfolgtem Rechenschaftsbericht und entlastet die/den Schatzmeister*in für abgeschlossene Jahresfinanzberichte.
- (8) Über alle Mitgliederversammlungen ist ein Beschlussprotokoll anzufertigen, das vom Kreisvorstand zu bestätigen ist und in das jedes Mitglied in der Geschäftsstelle Einsicht nehmen kann.
- 138 (9) Die Mitgliederversammlungen sind grundsätzlich öffentlich. Die 139 Mitgliederversammlung kann mit absoluter Mehrheit beschließen, die 140 Öffentlichkeit auszuschließen.

141 § 6 Der Kreisvorstand

- (1) Der Kreisvorstand besteht aus zwei Sprecher*innen, von denen mindestens eine
 Person weiblich sein muss, der/dem Schatzmeister*in sowie vier weiteren
 Vorstandsmitgliedern (Beisitzer*innen). Mindestens die Hälfte der Plätze für
 Beisitzer*innen sind mit Frauen zu besetzen. Die Stadtratsfraktion und die Grüne
 Jugend Chemnitz können mit je einer Person an den Sitzungen des Kreisvorstands
 teilnehmen. Diese Personen werden vom jeweiligen Gremium gewählt und können sich
 im Verhinderungsfall vertreten lassen. Sie haben Rede- und Antragsrecht, sind
 aber nicht stimmberechtigt.
- (2) Der Kreisvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung und gibt diese den Mitgliedern zur Kenntnis.
- (3) Der Kreisvorstand wird für zwei Jahre gewählt. Die Mitglieder des
 Kreisvorstandes sind gleichberechtigt. Jedoch hat die/der Schatzmeister*in ein
 einmaliges Vetorecht in Beschlüssen, die die Finanzen des Kreisverbandes
 wesentlich belasten. In diesen Fällen entscheidet die Mitgliederversammlung.
- (4) Der Kreisvorstand ist der Mitgliederversammlung gegenüber rechenschaftspflichtig.
- (5) Die Mitglieder des Kreisvorstandes können von der Mitgliederversammlung insgesamt oder einzeln mit absoluter Mehrheit abgewählt werden, jedoch nicht aufgrund eines Dringlichkeitsantrags.
- (6) Beim Rücktritt einzelner Vorstandsmitglieder finden innerhalb von 3 Monaten
 Nachwahlen statt. Gleiches trifft zu, wenn bei den Neuwahlen nicht alle
 Vorstandspositionen besetzt werden können. Bei Neuwahlen nicht besetzte
 Vorstandspositionen unterliegen bei den anschließenden Nachwahlen nicht der
 Quotierung nach Absatz 1 Satz 1 und 2.
- (7) Die beiden Sprecher*innen und Schatzmeister*in bilden den geschäftsführenden Vorstand.

168 § 7 Der Kreisausschuss

- (1) Der Kreisausschuss berät den Kreisvorstands in strategische Fragen und fasst
 Beschlüsse zur politischen Arbeit des Kreisverbandes. Er vernetzt die Arbeit
 zwischen dem Kreisvorstand, der Stadtratsfraktion und den Mandatsträger*innen.
 Beschlüsse des Kreisausschusses können nicht gegen die Mehrheit der Mitglieder
 des Kreisvorstandes gefasst werden.
- 74 (2) Dem Kreisausschuss gehören die folgenden Mitglieder an:

- (a) die gewählten Mitglieder des Kreisvorstandes,
- (b) drei von der Stadtratsfraktion zu entsendenden Mitglieder, welche Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Chemnitz sind,
- (c) Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Sächsischen Landtages, welche Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Chemnitz sind,
- (d) Beigeordnete der Stadt Chemnitz, welche Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Chemnitz sind,
- (e) ein von der Grünen Jugend zu entsendendes Mitglied, welches Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Chemnitz ist.
- (3) Der Kreisausschuss tagt bei Bedarf, mindestens viermal im Jahr. Für die
 Einberufung der Sitzungen, die Organisation und den Ablauf ist der Kreisvorstand
 verantwortlich. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Kreisausschusses
 kann eine Sitzung des Kreisausschusses einberufen werden.
- (4) Der Kreisausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung und gibt diese den Mitgliedern zur Kenntnis.
- 190 § 8 Wahlverfahren
- Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung, die von der Mitgliederversammlung mit absoluter Mehrheit beschlossen wird.
- 193 § 9 Finanzen
- (1) Der Kreisverband finanziert sich aus den Beiträgen der Mitglieder, aus Sachund Geldspenden, den Umlagen des Landesverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen und dem gebildeten Vermögen.
- (2) Ein jährlicher Haushaltsplan ist zu erstellen und von der Mitgliederversammlung zu beschließen. Wenn absehbar ist, dass die Gesamtausgaben im jeweiligen Kalenderjahr um 10% über dem beschlossenen Haushaltsplan liegen werden, ist ein Nachtragshaushalt zu erstellen und von der Mitgliederversammlung zu beschließen.
- 202 (3) Die Mitgliederversammlung wählt zwei Revisor*innen, die einmal jährlich zu
 203 einem selbst gewählten Zeitpunkt die Konto-, Kassen- und Buchführung durch
 204 den/die Schatzmeister*in überprüfen. Über diese Prüfung ist ein Protokoll
 205 anzufertigen, dass sowohl der Mitgliederversammlung als auch der/dem
 206 Landesschatzmeister*in vorzulegen ist. Die Revisor*innen werden für die Dauer
 207 von zwei Jahren gewählt.
- (4) Näheres regelt eine von der Mitgliederversammlung mit absoluter Mehrheit zu beschließende Finanzordnung.
- 210 § 10 Schlussbestimmungen
- (1) Beschlüsse über die Satzung sowie deren Änderung bedürfen einer
 Zweidrittelmehrheit einer ordnungsgemäß einberufenen Mitgliederversammlung.
 Anträge auf Satzungsänderung dürfen keine Dringlichkeitsvorlage sein.
- 214 (2) Die Auflösung des Kreisverbandes bedarf einer Zweidrittelmehrheit der 215 Mitgliederversammlung. Dieser Beschluss muss in einer Urabstimmung mit der 216 Mehrheit von mindestens 2/3 der abgegebenen Stimmen bestätigt werden.

- 217 (3) Bei Auflösung des Kreisverbandes ist das Vermögen dem Landesverband BÜNDNIS
- 90/DIE GRÜNEN in Sachsen zu übereignen. Sollte diese politische Vereinigung
- nicht mehr bestehen, ist das Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu
- verwenden.
- 221 Diese Satzung wurde auf der Mitgliederversammlung am beschlossen und trat
- mit der Veröffentlichung in Kraft. Geändert in der vorliegenden Fassung auf
- Beschluss der Mitgliederversammlungen vom und